

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 9.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 26. Februar 1909.

Insertionspreis für die vierteljährliche 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Die Finanzlage des Verbandes im Jahre 1908.

Die in der heutigen Nummer veröffentlichte Jahresabrechnung der Hauptkasse und der Lokalkassen für das Jahr 1908 läßt erkennen, daß der Verband auch in finanzieller Beziehung das Krisenjahr gut überstanden hat. Neben der glatten Befriedigung aller Unterstützungsansprüche ist das Vermögen des Verbandes von 184 755,02 Mk. auf 260 902,20 Mk. also um 76 147,18 Mk. gestiegen. Damit ist die erste Viertelmillion erreicht, sodaß wir nunmehr frisch fröhlich der ersten halben Million zusteuern.

Wie aus der Abrechnung ersichtlich, sind die Einnahmen an Beiträgen infolge der Krise nur um ein geringes von 279 437 Mk. im Jahre 1907 auf 282 847 Mk. im Jahre 1908 gestiegen. Dagegen ist die Aufnahmegebühr von 3555 Mk. auf 2015 Mk. zurückgegangen.

Bei den Unterstützungen hat sich das Bild gegenüber dem Vorjahre merklich verändert. Aus der Hauptkasse und den Lokalkassen zusammen wurden 130 655,72 Mk. Unterstützungen verabfolgt. Davon entfallen auf die Reiseunterstützung 6828,86 Mk., auf die Maßregelungsunterstützung 3800,71 Mk., auf die Umzugsunterstützung 1753,52 Mk., auf die Arbeitslosenunterstützung 26 546,66 Mk., auf die Streikunterstützung 53 753,06 Mk., auf Rechtschutz 1158,11 Mk., auf Sterbegeld 2565,00 Mk., auf die Krankenunterstützung 31 259,83 Mk. und auf sonstige Unterstützungen 2989,97 Mk. Ein Vergleich mit den aus der Hauptkasse in früheren Jahren gezahlten Unterstützungen gibt folgendes Bild:

Jahr	Streik und Maßregelung	Arbeitslose und Reise	Kranken	Sonstige
	M	M	M	M
1904	17 768	1 063	—	1741
1905	64 451	2 737	—	2549
1906	61 910	6 924	—	3869
1907	106 296	12 825	8 322	4940
1908	54 669	28 443	25 220	5476

Danach erfordert die Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung im Jahre 1908 aus der Hauptkasse die Summe von 53 663 Mk., gegenüber dem vorhergehenden Jahre ein Mehr von 32 516 Mk. Die Summe wäre noch eine bedeutend höhere, wenn nicht in den meisten Zahlstellen so intensiv dahin gewirkt worden wäre, die arbeitslosen Mitglieder möglichst schnell wieder in Arbeit zu bringen. Einem arbeitslosen Mitgliede bald wieder eine gute Arbeitsstelle verschaffen, ist jedenfalls eine noch bessere Unterstützung, als wenn diese in klingender Münze gezahlt wird. Je mehr die Lokalverwaltungen in Zukunft dem Arbeitsnachweis ihre Aufmerksamkeit zuwenden, um so mehr wird es gelingen, die Arbeitslosen auf das geringste Maß herabzusetzen. Das bedeutet einmal ein Gewinn für die Mitglieder, dann aber auch für die Verbandskasse, der dadurch größere Summen zur Durchführung von Lohnbewegungen erhalten bleiben.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß von Gründung des Verbandes an stets das einmütige Bestreben dahin ging, die Kasse für Lohnbewegungen leistungsfähig zu machen. Das ist dann auch von Jahr zu Jahr, Dank der Einsicht unserer Mitglieder in steigendem Maße gelungen. So hatte der Verband Vermögen am Schlusse des Jahres 1899 Mk. —, 1900 Mk. —, 1901 Mk. 7449, 1902 Mk. 12 690, 1903 Mk. 21 727, 1904 Mk. 48 254, 1905 Mk. 72 164, 1906 Mk. 129 541, 1907 Mk. 184 755 und 1908 Mk. 260 902. Diese Zahlen beweisen, daß unsere Mitglieder, wenn es darauf ankommt den Verband leistungsfähiger zu machen, nicht so bescheiden sind wie „Die Eiche“, die sich in Nr. 4 schon darüber herzlich freut, daß der von ihr vertretene Hirsch-Dunkersche Gewerkverein außer der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und 7600 Mk. Streikunterstützung sein Vermögen noch um ein Kleinwenig erhöhen konnte. Unsere Mitglieder sind mit einer „kleinen Erhöhung“ des Vermögens in ruhigen, wenn auch schlechten wirtschaftlichen Zeiten nicht zufrieden. Und das ist auch gut so. Würden unsere ganzen Einnahmen von den Unterstützungen verzehrt, so ständen wir den Arbeitgebern machtlos gegenüber. Der eigentliche Zweck des Verbandes, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstig zu beeinflussen, würde dann vollständig in den Hintergrund gedrängt. Lassen wir also der

„Eiche“ das billige Vergnügen, den Hirsch-Dunkerschen Gewerkverein als die leistungsfähigste Organisation aufzuspielen. Wenn es mit dem Gewerkverein so weiter bergab geht wie bisher, wird die Freude gewiß nicht so groß, daß sie für die Gewerkeinsleitung gesundheitschädliche Folgen nach sich ziehen könnte.

Wir werden unterdessen unermüdet weiterarbeiten und dafür sorgen, daß die Leistungsfähigkeit des Verbandes auch in diesem Jahre wiederum erhöht wird. Je stärker wir sind um so mehr wird man uns respektieren. Echter gewerkschaftlicher Sinne soll auch in Zukunft unser Leitstern sein und dazu beitragen, den Verband von Etappe zu Etappe leistungsfähiger zu machen. Das Ziel wird erreicht, wenn jedes Mitglied pflichtgemäß handelt. Und das wollen wir!

Einen brutalen Kampf

leisten sich gegenwärtig die sozialistischen Holzarbeiter der Schweiz gegen die christlich organisierten Holzarbeiter in Basel. In der gewohnten hohlelosen Unverfrorenheit suchen dann noch obendrein die Genossen, jedenfalls um ihre Schandtaten zu beschönigen, die Vorgänge auf ihre bekannte Art darzustellen und die kleinen Klaffen in den Grenzbezirken glauben ungeniert und ohne Rücksicht auf die wirkliche Sachlage mit diesen Darstellungen gegen die „Christen“ krebsen zu können. Daß die „Christen“ sich ihrer Haut wehren und sich nicht ohne Weiteres den Gewalttaten jener Freiheitshelden ausliefern, erscheint „manchem“ wohl sonderbar.

Den Ausgangspunkt des Kampfes bildet das Bestreben der Freien, den Arbeitsnachweis zu monopolisieren. Christlich organisierte Arbeiter, die ohne Ausweiskarte des Arbeitsnachweises eingekauft, wurden von den Genossen belästigt und beschimpft und wiederholt gelang es, leider, Kollegen wieder außer Stellung zu bringen, indem die Genossen durch Drohung mit Streik die Arbeitgeber zwangen, die Betroffenen zu entlassen. So legten dieselben am Montag, den 18. Jan. in 2 Betrieben mit circa 50 Arbeitern, in denen sage und schreibe „4 Christen“ beschäftigt waren, die Arbeit nieder. Also zu einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit einen großen Umfang angenommen hat, wo die Arbeiterschaft mit vollem Rechte nach Mitteln verlangt, der Arbeitslosigkeit zu steuern, da glauben Arbeitervertreter einen Streik inzulassen zu können, um organisierte Arbeiter arbeits- und brotlos zu machen, die Arbeitslosigkeit noch zu vermehren.

Diesem unerhörten Terrorismus haben die christlichen Holzarbeiter mit gutem Erfolge entgegengewirkt, indem sie diese Betriebe mit christlich organisierten besetzten. Wo sollte es auch hinkommen, wenn auf solche Art alle Arbeiter in die sozialdemokratischen Gewerkschaften hineingezwungen würden, wenn christlich organisierte Kollegen ihrer Ueberzeugung hohnsprechend sich den freien Gewerkschaften anschließen müßten. Die Konsequenz müßte ein Organisations-Monopol sein und die christlichen Gewerkschaften haben alle Veranlassung, sich gegen derartige Bestrebungen auf das allerentschiedenste zu wehren, insbesondere, wenn mit solchen verwerflichen Mitteln das Ziel zu erreichen, versucht wird.

Daß den sozialistischen Weltbeglückern das Vorgehen der verhassten „Christen“ stark auf die Nerven geschlagen ist leicht erklärlich. Warum lassen sich auch nicht die Christen dies alles ruhig gefallen? Alles bisheran durch Schimpfen und Verdrehen Geleistete wurde aber überboten; unsere Kollegen auf offener Straße verfolgt und beschimpft, sodaß die Polizei zum Schutze der Kollegen wiederholt eingreifen mußte. Damit nicht genug. Wohl vorbereitete Angriffe und Ueberfälle gegenüber den Kollegen auf dem Wege von und zur Arbeit hätte sollten den „schlagenden“ Beweis liefern, wie ernst es die Genossen mit der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit meinen. Als am Mittwoch, den 3. Februar die Arbeiter der Firma Nielsen nach Feierabend die Arbeit verließen, wurden sie von einer Rotte schimpfender „Freien“ verfolgt.

Als die Polizei außer Gesichtswelt war, umringten die Terroristen unsere Kollegen und schlugen blindwütend unter Schimpfen auf sie ein. Einige wurden zu Boden geworfen und mit Gummischläuchen, Fäusten und Fußstritten mißhandelt. Ein Kollege erhielt mit einem mit Eisenstücken gefüllten Gummischlauch einen Schlag quer über das Auge und brachte man ihm damit eine ca. 8 cm lange blutige Wunde bei. Den Ueberfallenen war es infolge der Uebermacht unmöglich, sich zur Wehr zu setzen, und waren darum auch die Folgen der Mißhandlungen so schwere. Acht Arbeiter waren betroffen, drei davon waren so übel zugerichtet, daß sie arbeitsunfähig waren und zwei es heute noch sind. Einen verheirateten Kollegen, Familienvater, hatten die Terroristen, während er am Boden lag, in brutaler Weise durch Fußtritte auf Leib und Brust mißhandelt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Eine Anzahl Namen der Kaufbolbe sind polizeilich festgestellt und dürften dieselben der wohlverdienten Strafe nicht entgehen. Abends drangen dann die Rohlinge in das Lokal, wo unsere Kollegen eingekerkert und versuchten unter Schimpfen und Loben abermals Schlägereien herbeizuführen, was jedoch durch das Eingreifen der Polizei verhindert wurde. Ein weiterer Ueberfall am Donnerstag Morgen wurde durch unsere Kollegen, die nur noch in größeren Trupps die Straßen passieren können, abgewehrt, daraufhin wurde seitens der sozialistischen Presse die Wohnung der Kollegen bekannt gegeben, jedenfalls um unsere Kollegen „vor weiteren Belästigungen zu bewahren.“ Wie weit die Genossen sich in ihrem blinden Fanatismus gegen ihre Klassengenossen verirrt haben, geht auch schon daraus hervor, daß der Präsident der Baseler freien Holzarbeiter auf das Polizeikommando zitiert wurde, um von den verschärften Maßnahmen, die seitens der Polizei ergriffen werden mußten, Kenntnis zu nehmen, damit dieselben den Radaubrüdern übermittelt werden könnten. Ueberigens werden noch einige gerichtliche Nachspiele manche Vorgänge noch weiter klarstellen. Die Vorgänge zeigen wieder einmal mit aller Deutlichkeit, wohin die sozialdemokratische Erziehung führt; wie die Arbeiter in blindem Hass gegen ihre eigenen Klassengenossen aufgehetzt werden und wie schließlich die bedauernswerten Opfer dieser Erziehung noch obendrein die Fesse zahlen müssen. Für die christlichen Arbeiter aber ergibt sich hieraus die Lehre, mit aller Kraft für die weitere Ausbreitung ihrer Organisation einzutreten, denn nur dann werden solche Exzesse verhütet und eine wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen ermöglicht werden.

Arztfragen in den Krankenkassen.

Die betrübenden Erscheinungen, die infolge der freien Arztwahl, resp. des Vorgehens des Arztverbandes in Köln zu Tage getreten, stehen, wie uns aus Düsseldorf geschrieben wird, in ihrer Art nicht einzig da.

Auch in Düsseldorf haben die Krankenkassen mit den Ärzten manchen harten Kampf ausgefochten. Gerade in Bezug auf die Honorierung der Ärzte (Festsetzung der Baukasssumme pro Mitglied) hätte es leicht zu einem Konflikt kommen können. Im Oktober 1906 kündigte der Arztverein den Ortskrankenkassen (Orts-K.-K. für Handwerker, Orts-K.-K. für Fabrik- und Metallarbeiter, Orts-K.-K. für kaufmännisches Personal, Orts-K.-K. für Schuhmacher) in einem Schreiben die Beiträge. Bislang betrug die Baukasssumme 4 Mk. pro Mitglied bei allen Kassen und verlangten nun die Ärzte von der Orts-K.-K. für Handwerker einen Satz von 4,47 Mk., von der Orts-K.-K. für Fabrik- und Metallarbeiter 5,24 Mk., von der Orts-K.-K. für kaufmännisches Personal 5,33 Mk. und von der der Schuhmacher 3,59 Mk. — Bezüglich der Familienunterstützung forderte der Arztverein bei der Orts-K.-K. für Fabrik- und Metallarbeiter 1 Mk. für jede Konsultation und 1,50 Mk. für jeden Besuch. Die genannte Kasse hätte insgesamt nach ihrer Angabe 50 000 Mk. jährlich mehr aufwenden müssen. Eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge von 72 Pfg. in der höchsten Lohnklasse auf 96 Pfg. wäre nicht zu vermeiden gewesen. Nach vielen Rufen ist dann damals ein Vertrag zustande gekommen und zwar auf die Dauer von 5 Jahren. Man einigte sich für die ersten 3 Jahre auf den Satz von 4,60 Mk. und 4,75 Mk. pro Mitglied für die letzten 2 Jahren. Hiernach sah sich aber die Kasse gezwungen, den Beitrag auf 84 Pfg. zu erhöhen, sowie die bisher obligatorische Familienversicherung abuschaffen und an deren Stelle die freiwillige Familienversicherung einzuführen. Die Versicherten waren die Geschädigten. Hier könnte man die berechtigte Frage aufwerfen: für wen sind denn eigentlich die Krankenkassen da? Etwa zur Sicherung, der Existenz der Ärzte? Jemehr die Zahl der Ärzte wächst, desto größere Ansprüche werden von Seiten der Ärzte an die Kassen gestellt. Die Folgen davon müssen wieder die Mitglieder der Kassen tragen. (Steigerung der Beiträge!)

Wie die Ärzte es in der Hand haben, ihre Einnahmen recht günstig zu gestalten, ersieht man aus der Polemik zwischen Arztverein und Ortskrankenkasse für Fabrik- und Metallarbeiter. Letztere schrieb unter anderem in Nr. 291 des „Düsseldorfer Tageblatt“ im Jahre 1906:

„Nun ist durch die angebliche Begehrtheit der Mitglieder die Konsultations- und Besuchsziffer um 40 Prozent gegen 1903 gestiegen und stets im Steigen begriffen; dies liegt jedoch nicht in der Begehrtheit der Mitglieder, sondern an den Ärzten selbst, welche diese Ziffer unbewußt künstlich steigern, indem sie die Kassennmitglieder oft bestellen. Den Beweis hierfür liefert die Statistik. Es gibt Unterschiede von 163 auf 315 bei 100 Patienten. Der eine Arzt liquidiert beinahe das Doppelte an Besuchen und Konsultationen als der andere. Das Publikum und auch die Kassennmitglieder sind über die eigentliche Honorierung der Ärzte ziemlich im Unklaren. Bei der Ortskrankenkasse für Fabrik- und Metallarbeiter wurden durchschnittlich 0,77 Mk. für die Konsultation und 1,15 Mk. für den Besuch bezahlt. Die

Biffen sehen sich als nicht groß an, erhalten aber erst eine Bedeutung, wenn man bemerkt, wieviel Leistungen ein Arzt vollbringen kann. Hier hat ein Ausspruch eines Mitgliedes der Krankenkassen-Kommission Aufklärung geschaffen. Der Herr erklärte, an einem Tage 125 Leistungen erzielt zu haben. Wollen wir diese Leistung als einzig dastehend bezeichnen, so hat dieser Arzt an jenem Tage, selbst, wenn sämtliche Leistungen Konjunktationen waren, nach dem Satze der Fabrik- und Metallarbeiterklasse Nr. 96,25 verdient, ein Satz, der hier in Düsseldorf von keinem der höchsten Beamten erreicht wird."

Dies sind unhaltbare Zustände, die unumgänglich einer Abhilfe bedürfen. Kein Wunder, wenn sich bei dieser Praxis ein Simulantentum breit macht, das auf Kosten der Krankenkassen seine Existenz zu fristen sucht. Daher kommt es denn auch, daß wirklich arbeitsunfähige Kranke von der Kasse als Simulanten betrachtet und der Nachuntersuchungskommission überwiesen werden. Schreiber dieses mußte von der Kasse aus eine halbe Stunde weit bis zur genannten Kommission laufen. Um 1/2 5 Uhr nachmittags ging die Geschichte los und nicht weniger als zwei Duzend Patienten mußten untersucht werden. Daß das alles schnell gehen mußte, läßt sich denken, besonders dann, wenn man in Betracht zieht, daß an dem betreffenden Abend ein Festessen stattfand, an dem die Herren Ärzte teilnahmen. Dem Kranken fällt bei dieser Gelegenheit die schöne Aufgabe zu, fünfmal ein verschlossenes Schreiben hin und her zu tragen, natürlich ohne Kenntnis des für ihn oft verhängnisvollen Inhalts. Alles in allem genommen ist auch hier noch vieles reformbedürftig. Sch.



Beichte der Bezirkssekretariate.

(Berichtszeit 1. Januar bis 31. Dezember 1908.)

Freiburg.

Gegen Ende des Monats Oktober v. J. hat der Unterzeichnete die Tätigkeit eines Bezirkssekretärs aufgenommen. Wenn ein Kollege in Arbeitsverhältnis seine Stelle wechselt, so sind auf der neuen Arbeitsstätte in der Regel mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden. Er wird sich zunächst mit den Eigenartigkeiten des Betriebes vertraut machen müssen und dabei ein gesundes Verhältnis zu seinen Mitarbeitern anstreben suchen. Das selbe trifft auch hier zu. Um eine gesunde Grundlage für ein wirksames Arbeiten im neuen Betriebe zu schaffen, war es nötig und wird es weiter nötig sein, die vielseitigen Eigenartigkeiten des weitläufigen Bezirks kennen zu lernen. Sind doch die Verhältnisse sowohl in den einzelnen Betrieben als auch in den einzelnen Distrikten des Bezirks außerordentlich verschieden, jedoch es doppelt notwendig erscheint, dieser Aufgabe besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dabei wird, wie überhaupt bei der Lösung der großen gewerkschaftlichen Aufgaben, ein gesundes gutes Einvernehmen zwischen dem Sekretariate und den Mitarbeitern unumgänglich nötig sein, weshalb auch hierauf die gebührende Rücksicht genommen wurde. Mit Befriedigung kann konstatiert werden, daß allenthalben das anerkannteste Streben vorhanden war, in unangenehmster Weise unserer guten Sache zu dienen. Hoffentlich wird auch in Zukunft diese eifrige Mitarbeit anhalten.

Allerdings hat die allgemeine herrschende Wirtschaftskrise auch im Bezirke Freiburg eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt und hier und da hemmend gewirkt. Jedoch haben es die Kollegen verstanden, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen, das Verhalten der Situation anzupassen, jedoch trotz der Wirkungen der Krise durchweg ein gesunder Geist in den Zahlstellen herrschte. So kann auch das Verhältnis der Kollegenchaft zu dem neuen resp. verlegten Sekretariate trotz der mit der Verlegung verbundenen Verschickungen als ein durchaus gutes bezeichnet werden. Und wenn vielleicht in irgendwelcher Hinsicht Meinungsverschiedenheiten zu Tage traten, so dürfte dies wohl vornehmlich auf die veränderten Verhältnisse zurückzuführen sein. Selbstverständlich gelang es immer wieder, dieselben auszuräumen, jedoch in keiner Weise das gute Einvernehmen dadurch beeinträchtigt wurde.

Ein besonderes Kapitel bei der Tätigkeit bildete die Gewährung von Rechtschutz, insbesondere die Forderung der Aufnahme des Sekretariats bei Rechtskreativitäten, die sich aus den Arbeitsvertrag- und Beschäftigungsverhältnissen ergeben. Obwohl es gelang, einem Kollegen in einer Unannehmlichkeit zu helfen, so wird doch diese Tätigkeit auf die künftige Bearbeitung dieser Streitigkeiten beschränkt bleiben müssen. Insbesondere wird die Forderung der Kollegen an den Schiedsgerichten für Arbeitsverhältnisse im Zukunft anders geregelt werden müssen. Sieht doch die Gefahr zu nahe, daß ein Beamter eines großen Bezirks durch die agitatorische Tätigkeit oder durch Führen von Lohnbewegungen, vielleicht gar durch Verhandlungen mit Arbeitgebern an der Einhaltung der gesetzlich festgesetzten Termine verhindert werden, was ebenfalls nicht im Interesse der betreffenden Kollegen liegt. Mühte z. B. ein Kollege in Richtung an Schiedsgericht vertreten werden und finden vielleicht in Richtung auf diese Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt, aber noch wichtige Angelegenheiten machen die Handhabung des Schreibens erforderlich, so können doch berechnete Forderungen, welche von beiden Seiten der Mitglieder sei und welche Sache berücksichtigt werden soll. Ein Teil wird dabei nicht auf seine Befriedigung kommen und vielleicht geschädigt sein. Es wird deshalb darauf hingewiesen werden müssen, daß, wo es möglich ist, die Arbeiterkollegen oder Beisitzer mit diesen Sachen zu befragen und vielleicht an den Sägen der Schiedsgerichte teil zu nehmen oder event. andere Kollegen mit der Vertretung zu betrauen. Es müßte sich hierbei allmählich eine besondere Routine herausbilden, was dann wiederum für die Mitglieder von Nutzen sein würde.

der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung

wird nicht nur die nötige Aufklärungsarbeit geleistet, sondern auch mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden müssen, daß dort wo es eben möglich, die Gemeinde-Krankenversicherungen in Orts- oder Bezirkskrankenstellen umgewandelt werden, wenn nicht durch die Reform des Krankenversicherungsgesetzes diese Angelegenheit geregelt werden soll. So hat das Sekretariat in Kollnau in dieser Hinsicht in eine vom kath. Arbeiterverein eingeleitete Bewegung mit eingegriffen und eine diesbezügliche Besprechung mit dem Herrn Bürgermeister gepflogen. Gegenwärtig schwebt die Angelegenheit noch und ist Aussicht vorhanden, daß dieselbe zu Gunsten der Arbeiter entschieden wird.

Die Agitation

wurde während der Berichtszeit insbesondere von der Krisis beeinflusst. An verschiedenen Orten gaben die Arbeitgeber das ihrige dazu, um die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten und dieselben durch die sonderbaren Maßnahmen wieder zum Austritt zu veranlassen. Jedoch der Keim, den der Verband in die Herzen jener Arbeiter hineingelegt hat, wird nicht vollständig erstickt werden, sondern gelegentlich zu neuer Entfaltung gelangen und zur völligen Reife gekommen, sich vielleicht für die erlittenen Unbilden bitter zu rächen suchen. Neben sonstigen internen Angelegenheiten bildete die Agitation hauptsächlich den Gegenstand der Beratungen der während der Berichtszeit abgehaltenen 18 Versammlungen und 30 Besprechungen. Weiter wurden durch den schriftlichen Verkehr und bei verschiedenen Anlässen durch verschiedene Zirkulare, immer wieder auf diese Frage hingewiesen und Anregungen gegeben. Eine anderweitige Einteilung des Bezirks in kleinere Agitationsbezirke sollte ebenfalls diesem Zwecke dienen und wenn in der bisherigen Weise weiter gearbeitet wird, wenn die gegenseitigen Anregungen lehrerzig und besorgt werden, wird die Arbeit sich auch lohnen. Verschiedene gesunde Ansätze sind vorhanden und dürften bald zu vollem Erfolge ausgewachsen sein. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war auch der im November abgehaltene

Stuttgarter Bezirksstag.

der nicht nur von dem gesunden Verständnis der anwesenden Teilnehmer, sondern auch von einer praktischen Auffassung über die Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben des Verbandes in den Zahlstellen bereicherndes Zeugnis ablegte und manche praktische Anregungen und Beschlüsse zu Tage förderte, die, wenn durchgeführt, nur dem Interesse des Verbandes und dadurch auch dem der Mitglieder dienen werden.

Die Lohnbewegungen

werden insbesondere in den nächsten Monaten wohl hervorragendes Interesse beanspruchen, da alle Angelegenheiten darauf hindeuten, daß in Südwest-Deutschland eine Bewegung größeren Stiles in Aussicht genommen ist. Auch in manchen ländlichen Distrikten des Bezirks, werden die Kollegen alles daran setzen müssen, um die teils unglücklich schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern. Sind doch hier und da noch Löhne zu verzeichnen von 2,30 Mk bis 2,80 Mk für alle erfahrenen Arbeiter, und was es heißt, mit solchen Löhnen eine Familie zu ernähren, kann sich ein jeder selbst anschauen. Intensive Agitation und Ausbau der Organisation sind die Vorbedingungen für ein wirksames Eingreifen und werden die betreffenden Kollegen das nötige veranlassen müssen. Zweckmäßigerweise von Verschlechterungen mußte das Sekretariat wiederholt sowohl schriftlich als auch durch persönlichen Verhandeln mit Arbeitgebern eingreifen und sind hierdurch die Mitglieder von größeren Verschlechterungen bewahrt geblieben, trotz der verhältnismäßig schlechten Geschäftslage.

Die Korrespondenz.

die sowohl einen Teil der Tätigkeit des Beamten als auch den Verkehr desselben mit den Zahlstellen u. a. wiedergibt, gestalte sich ziemlich lebhaft. Es gingen aus: 69 Briefe, 73 Karten und 131 Drucksachen. Die Eingänge bestanden aus: 65 Briefe, 50 Karten und 8 Drucksachen. Die Erledigung der Korrespondenz durch die Zahlstellen erfolgte durchweg prompt und sei nur darauf hingewiesen, daß es lediglich im Interesse der Zahlstellen liegen dürfte, wenn noch etwas mehr wie bisher auf die Berichterstattung der wichtigeren Vorgänge an Orte an das Sekretariat Wert gelegt würde. Eingegriffen hierbei ist auch die zeitige Abfindung der Abschaffung und der Formulare.

Neben vielleicht einzelne Wünsche unerfüllt, so war doch das Bestreben vorhanden, möglichst allen gerecht zu werden und wenn dies in großem Umfange gelang, so ist dies auf die eifrige Mitarbeit der Kollegen allerorts zurückzuführen, denen auch an dieser Stelle bestens gedankt sei und an die die Bitte ergeht, auch weiterhin ihre Kraft in den Dienst unserer guten Sache zu stellen. Insbesondere richtet sich diese Bitte auch an jene Kollegen, die auf Grund ihrer schwierigen Verhältnisse im Gewerkschaftsleben und durch ihre Kenntnisse im Bezirke sehr wohl in der Lage wären der Sache dienen zu können, sich jedoch aus irgendwelchen Ursachen aus dem Reiben der Kämpfe zurückhalten. Möge man also dem neuen Sekretariate die Wünsche nicht verjagen, und allenthalben tatkräftig weiter arbeiten.

Gabert Schult.

Frankfurt a. M.

Das Wirtschaftsjahr 1908 hat in der mitteldeutschen Holzindustrie eine Arbeitslosigkeit gebracht, wie sie schon seit langer Zeit nicht mehr gekannt wurde. Wenn es im allgemeinen auch richtig ist, daß die Wirtschaftskrisen heute nicht mehr die scharfe Form annehmen wie früher, weil sowohl die Sparmaßnahmen, als auch die Arbeiterorganisationen durch ihre Wirksamkeit bei nichtgehender Konjunktur einen vermittelnden Einfluß ausüben, so schließt das nicht aus, daß in dem einen oder anderen Be-

rufe und Wirtschaftsgebiete, die Arbeitslosigkeit stärker austritt, wie bei früheren Krisen. Mehrere und mit den Verhältnissen durchaus bewanderte Kollegen versicherten, daß sie in unserem Berufe schon seit langer Zeit keine so große Arbeitslosigkeit mehr erlebt hätten, wie dies zur Zeit der Fall sei. In Frankfurt am Main haben wir viele Geschäfte, die nur noch mit einem Drittel ihrer früheren Arbeiterzahl arbeiten, andere arbeiten schon seit Monaten nur 8 Stunden pro Tag. Die weltbekannte Firma Ullmer in Darmstadt beschäftigte vor zwei Jahren etwa 160 Arbeiter, heute nur noch ungefähr die Hälfte. Ähnlich sieht es bei anderen Darmstädter Firmen aus. In Sücht a. M. und Umgebung mit seiner starken Möbelindustrie ist es ebenso. Seit Neujahr wird nur noch an 5 Tagen gearbeitet. In Mainz, das eine alte Möbelindustrie hat, stockt der Geschäftsgang ebenfalls sehr stark. Ähnlich ist es auch in der Wormser Möbelindustrie. Während die Holzarbeiter in Orten mit größeren Betrieben, stark unter den Unbilden der Krise zu leiden haben, trifft dies in Orten mit kleineren Betrieben, die mehr Rundschafftsarbeit zu machen haben, nicht in dem Maße zu.

Daß der Konjunktumschlag der Arbeiterbewegung hemmend in den Weg trat, liegt auf der Hand. Das starke Ueberangebot von Arbeitskräften verschafft den Arbeitgebern die Möglichkeit, ihnen unlieb gewordene Arbeitskräfte auf die Straße zu setzen, um ihre Betriebe „organisationsrein“ zu machen. Hierzu kommt auch noch, daß das Schmarobertum bei Zeiten schlechter Geschäftskonjunktur keine Zeit für gekommen erachtet, und sich frecher wie je zeigt. Trotz alledem ist den organisierten Arbeitern nicht lange geworden. Durch korrektes Auftreten verschafft sich die organisierte Arbeiterschaft Respekt in den sozial gesinnenden Bürgerkreisen und bei tarifstreuen Arbeitgebern, so daß einzelne Scharfmacher und deren Helfershelfer die Denunzianten nicht das geringste ausrichten konnten. Unsere Mitglieder hätten auf ihre gewerkschaftliche Schulung und Ueberzeugung eine Probe abzulegen, die sie vollauf bestanden haben. Wenn auch einzelne dem Drucke, der oft von mehreren Seiten auf sie ausgeübt würde, nicht Stand gehalten haben, so hat das Schreckgespenst Arbeitslosigkeit, das in unserem Berufe arg hauste, gar manchem Arbeiter die Augen geöffnet und er wird nun den Weg zur Organisation finden. Der kleine Verlust, den der Bezirk aufzuweisen hat, wird bei aufsteigender Konjunktur bald wieder eingeholt sein.

In der Berichtszeit war der Unterzeichnete 238 Tage vom Sitze des Sekretariats abwesend. Uebernachtungen fanden 154 statt. In der Berichtszeit wurden 124 Versammlungen abgehalten. In einem Teile der Zahlstellen war der Besuch stets ein guter. Bei vielen Zahlstellen ließ er zu wünschen übrig. Der Vorbereitung der Versammlungen sollte immer noch ein größeres Augenmerk geschenkt werden. An Sitzungen wurde 104 mal teilgenommen. Aus Anlaß von Bewegungen und wegen ausgebrochenen Differenzen fanden mit den Arbeitgebern 28 Verhandlungen statt. Davon hatten 10 einen Erfolg.

Kassenrevisionen fanden 20 statt. Mit Ausnahme von zwei kleineren Ortsgruppen war alles in Ordnung. Es muß auch an dieser Stelle betont werden, daß die Revisionen nicht aus Mißtrauen gegen die Kassierer stattfinden. Kassierer, die ihre Kassen in Ordnung haben, dies ja auch noch nie so aufgefaßt. Durch öftere Revision der Kassen und Geschäftsführung bringen wir eine Einheitlichkeit in dieselbe, die dem Verbands von großem Vorteil ist.

Die Korrespondenz des Sekretariats weist folgende Zahlen auf:

	Eingänge	Ausgänge	Zusammen
Briefe	328	440	768
Karten	349	485	834
Telephongespräche	—	34	34
Telegramme	19	23	36
Drucksachen	123	334	457
Postanweisungen	20	31	51
Pakete	6	2	8
Zusammen	839	1349	2188

Die Zahl der Lohnbewegungen ist gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage haben unsere Mitglieder an manchen Orten von der Einreichung von Lohnforderungen Abstand genommen. Dagegen wurde alles aufgeboten, um die errungenen Positionen zu behaupten. Im allgemeinen kann man sagen, daß sich auch die Arbeitgeber an die getroffenen Vereinbarungen halten.

An der großen Tarifbewegung im deutschen Holzwerke war der Bezirk mit 3 Orten, Darmstadt, Frankfurt und Wiesbaden beteiligt. In letzterem Orte versuchte man uns „anzuschalten“, jedoch ohne Erfolg. Das Resultat der Bewegung ist ja bekannt. Unsere Mitglieder haben sich dem in Leipzig gefällten Schiedspruch unterworfen, trotzdem sie weitergehende Wünsche hatten. Von den Arbeitgebern kann dies nicht gesagt werden. Sie haben den Schiedspruch bis heute noch nicht anerkannt.

In Aschaffenburg führten die Arbeitgeber eine Arbeitszeiteinteilung ein, die den Kollegen eine Verschlechterung brachte. Bei der geringen Anzahl organisierter Holzarbeiter konnte von einem starken Widerstand keine Rede sein. Wenn die Aschaffener Holzarbeiter nicht mehr für ihre Organisation übrig haben wie bisher, dürften auf absehbare Zeit keine Verbesserungen zu erwarten sein.

In Frankenthal wurde in einer Stuhlbankfabrik eine erfolgreiche Bewegung durchgeführt. Die Arbeitszeit wurde von 11 auf 10 Stunden verkürzt; für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent bezahlt. Ein Arbeiterzuschuß wurde eingeführt 5 Prozent Lohn-

höhung für die im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter wurden gewährt und ein Akkordtarif wird ausgehängen.

In Reibheim i. L. kündigten die im Arbeitgeberverband organisierten Meister den alten Tarif und legten einen neuen, verschlechterten vor. Nach den Versicherungen der Meister sollte derselbe zwar Verbesserungen enthalten, die wir jedoch trotz großen Suchens nicht finden konnten.

Nach langwierigen Verhandlungen, durch welche die Verschlechterungen ausgemerzt und einige Verbesserungen erzielt wurden, kam eine Einigung zustande. Der neue Tarif läuft bis zum 11. Februar 1911.

In Bousenthal lief der im Jahre 1907 mit der Firma Schmidt abgeschlossene Tarifvertrag ab. Ein neuer Vertrag kam nicht mehr zustande, weil die Firma mit den gezahlten Löhnen mit zu den Besten gehört und kategorisch erklärte, allein schließe sie keinen Vertrag mehr ab.

Der im Vorjahre in Ramberg begonnene Kampf wurde dieses Jahr zu Ende geführt. Er endigte wie bekannt mit der Errichtung einer Genossenschaftsfabrik.

In Rüdelsheim reichten die in unserm Verband organisierten Rüser in zwei Betrieben Forderungen ein. Sie erhielten eine Lohnzulage von 20 Pfennig pro Tag. Es wäre noch mehr erreicht worden, wenn nicht in einem Betriebe die noch Unorganisierten ein einseitiges Vorgehen zum Schaden der Arbeiter bereiteten hätten.

In Würzburg brachen bei der Firma Willigheimer zweimal Differenzen aus, weil die Firma die Arbeitsverhältnisse verschlechtern wollte, was ihr jedoch nicht gelang.

Die Tapezierer hatten in Frankfurt a. M. ebenfalls eine Lohnbewegung. Da die Arbeitgeber jedwedes Zugeständnis ablehnten, kam es zu einem längeren Streik, der dann mit dem Abschluß eines Tarifvertrages endigte.

In Steinfeld und Schaidt reichten die Korbmacher bei den Fabrikanten einen Vertrag ein, der jedoch noch auf seine Anerkennung wartet. Doch haben auch die Korbmacher durch den Verband schon Erfolge errungen.

Trotz der Krise konnten, wie der Bericht zeigt, Verbesserungen im Arbeitsverhältnis erzielt und Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse hintangehalten werden.

Um die Agitation neu zu beleben, wurden zwei größere Agitationstouren durch den Bezirk gemacht, die von fremden Rednern durchgeführt wurden.

Standsmitglieder, Vertrauensmänner und Verbandsmitglieder zahlreich erschienen. Möge man allseits für die Durchführung der dort gefassten Beschlüsse sorgen.

Noch ein Wort an unsere „Wandervögel“. Wiederum naht die Zeit, in der so viele unserer jungen Kollegen auf die Wanderschaft gehen. Mögen sie nicht nur die Klaffier auf ihrer Wanderschaft mit Besuch beehren, sondern allüberall, wo sich nur Gelegenheit bietet, für den Verband werben.

Allen denen, die im verflossenen Jahre das Sekretariat unterstützten, sei an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen.

Joseph Erving.

Düsseldorf.

Die im Jahre 1907 bereits einsetzende wirtschaftliche Krise hat im Jahre 1908 eine weitere, für den Arbeiter höchst unerfreuliche Steigerung erfahren. Die Hauptindustriezweige innerhalb des Sekretariatsgebietes, die schwere und die weiterverarbeitende Eisenindustrie, das Textilgewerbe und in besonderem Maße das gesamte Baugewerbe, waren von der Krise am stärksten betroffen.

Geschäftsgang im Holzgewerbe.

Die ungünstigen allgemeinen Verhältnisse machten sich selbstverständlich auch im Holzgewerbe, in ungünstigem Sinne bemerkbar. Kein einziger Zweig des vielseitigen Gewerbes konnte über einen floranten Geschäftsgang berichten.

Lohnbewegungen.

Zahl und Umfang der geführten Lohnbewegungen sind im Berichtsjahr, infolge der wirtschaftlichen Depression, gegenüber den Vorjahren zurückgeblieben.

„Schlichtungskommission für das deutsche Holzgewerbe“ nahm der Sekretär als Mitglied des Schiedsgerichts teil. Unter der umsichtigen Leitung des Freiherrn von Berlepsch hatte diese Kommission über den Neuabschluß von Tarifverträgen in 23 Städten, wenn vorher eine Einigung nicht zu erzielen war, Schiedsprüche zu fällen.

Von größter und prinzipieller Bedeutung waren die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiete. Es handelt sich hier um den Abschluß von Tarifverträgen in 25 Orten von Rheinland und Westfalen.

Erfreulicherweise gelang es in Aachen nach mehrfachen Verhandlungen, einen für unsere Kollegen annehmbaren Tarifvertrag abzuschließen. Erreicht wurde die Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit am 1. Oktober 1908 bei Lohnausgleich, eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde am 1. Juli 1909, sowie eine weitere von 1 Pfg. am 1. Juli 1910.

In Sodesberg gelang es ebenfalls auf friedlichem Wege, trotz klauen Geschäftsganges, für die Kollegen eine Lohnerhöhung von je 2 Pfg. pro Stunde am 1. Mai und am 1. Oktober zu erreichen und einen Mindestlohn von 40 Pfg. für Schreiner und von 45 Pfg. für Maschinen-

In M. Gladbach konnten in einem größeren Betriebe, durch eine 1 1/2 tägige Arbeitsniederlegung, triftige Beschwerdepunkte der Arbeiter abgestellt werden. Bei der Firma Schulte in Krefeld wurde durch einen 7wöchentlichen Streik die Anerkennung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, sowie eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde durchgeführt.

Agitation und Verwaltung.

Die agitative Tätigkeit gestaltete sich im verflossenen Berichtsjahre, infolge des wirtschaftlichen Niederganges, schwieriger als in früheren Jahren. Die Zahl der diskutierten Versammlungen und Sitzungen betrug 253, die Zahl der ganz oder teilweise auswärts zugebrachten Tage war 197.

manche Kollegen zur Versammlung zu kommen, aus Furcht, auf der Arbeitsstelle Unannehmlichkeiten zu bekommen. Auch der teilweise bedeutend geringere Verdienst wird hierzu beigetragen haben. Eine Anzahl von Konferenzen haben in den einzelnen Bezirken stattgefunden und waren dieselben durchweg gut besucht. Berichterstattung und Diskussion auf denselben bewiesen, daß wir in den einzelnen Zahlstellen über eine Reihe geschulter Kollegen verfügen. Weniger gut war die Durchführung der hier gefassten Beschlüsse, besonders hinsichtlich der beschlossenen Betriebsstatistik und der durchzuführenden Hausagitation. Hier hätte in manchen Zahlstellen mehr geschehen können. Die Mehrzahl der Zahlstellen hat durch Erhebung angemessener Lokalzuschläge sich einen guten Lokalfassenbestand geschaffen, der auch im letzten Jahre angewachsen ist. Nur in neun, meist nieder-rheinischen Zahlstellen, wird bisher noch kein Lokalarbeitstag erhoben. Größerer Wert muß in manchen Zahlstellen noch gelegt werden, auf die richtige Auswahl der Vertrauens-männer und die rechtzeitige Einziehung der Beiträge. Ueberall sollte die wöchentliche oder 14tägige Abrechnung des Kassierers mit den Vertrauensmännern eingehend werden, diese müssen das Rückgrat der Zahlstelle bilden. Kas-senrevisionen wurden 9 vorgenommen und die Kassen in Ordnung befunden. Das Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen des Holzgewerbes war ein leidliches; nur in einigen Orten, unter anderen in Uerdingen und Wald glaubten die „Genossen“, gegen uns eine Hege inzienieren zu müssen, doch dürften sie damit nicht auf ihre Rechnung gekommen sein. Aus Anlaß von Vertrauensdifferenzen und Lohnbewegungen waren in 37 Fällen Verhandlungen mit Arbeitgebern zu führen, bei denen in der Mehrzahl der Fälle ein zufriedenstellendes Resultat erzielt wurde. Die Korrespondenz mit den Zahlstellen war sehr reg. Erledigt wurden:

	Briefe	Karten	Draht.	Telegr.	Postkass.	Zusammen
Eingänge	199	352	85	7	15	658
Ausgänge	218	517	548	9	14	1306
Zusammen	417	869	633	16	29	1964

Erstreckt hat ein weiterer Zusammenschluß, der zu einem einheitlichen Gange gehörenden Zahlstellen stützte, so haben sich die Sömer Bezirkszahlstellen Mühlheim, Kalk und Ditz, sowie die Ortsgruppe der Lapepieter nach Solta angeschlossen, weiter Ratingsen nach Düsseldorf und Solingen nach Wald. In Wipperfurth konnte nach längerem Bockarbeiten eine neue Ortsgruppe errichtet werden, während in einer Anzahl weiterer Orten Vertrauensmann-schaften eingerichtet wurden. Neben der besetzten Tätigkeit für unsere Verbände, wurde soviel als möglich mitgearbeitet im christl. Gewerkschaftsartikel in Düsseldorf und bei den sozialen Vätern in den Zahlstellen. Weiter konnte auch in manchen Orten gearbeitet werden für die Ausbreitung der übrigen christl. Berufsorganisationen. Das Verhältnis zu den Zahlstellenverbänden und den Bezirksvorständen war ein gutes, fast überall war eine rege Mitarbeit zu verzeichnen. Ohne eine solche tatkräftige Mitarbeit der Kollegen am Orte, ist eine erfolgreiche Tätigkeit nicht zu erwarten. Zum Schluß bedankt allen Denjenigen, die mitgeholfen an der Erhaltung und Ausbreitung des christl. Gewerkschafts-gedankens zu arbeiten; manches ist erreicht worden, vieles bleibt uns noch zu tun übrig.

Philipp Sieben.

Vochum.

Mit einer gewissen Spannung sah man zu Beginn des vorliegenden Jahres auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im hiesigen Bezirke hin. Dieser doch nicht weniger als 21 Tarifverträge im Laufe des Berichtsjahres ab, welche alle von den in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden genehmigt worden waren. Der schon im Jahre 1907 einsetzende wirtschaftliche Niedergang trug nicht wenig dazu bei, die allgemeine Spannung bezüglich der Tarifabläufe began. deren Erneuerung zu erhöhen. Aus was die sich abzeichnende Konjunktur nicht wenig dazu beigetragen haben, die Arbeitgeberverbände zur Kündigung der Tarifverträge zu veranlassen, vielleicht indem sie hofften, den notwendig gewordenen Verbesserungsbestrebungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Arbeiterorganisationen, erfolgreich entgegen wirken zu können.

Das Jahr 1908, das vielbesprochen, ist vorüber gegangen, ohne besonders große Aufregung, ohne Erneuerung der von den Arbeitgebern gekündigten Tarifverträge, aber auch — ohne Schwächung und — ohne Unterbindung der Streiktriften anderer Organisationen. Selbst die tariflose Zeit hat, dank der Disziplin und Opferbereitschaft unserer Kollegen, es nicht vermocht, die früher erzwungenen Verbesserungen auf dem Gebiete der Arbeits- und Lohnbedingungen besonderer Schaden zuzufügen.

Besondere Einzelfälle, bei welchen Arbeitgeber glaubten nach Ablauf des Tarifvertrages Verbesserungen durch zu können, waren zum größten Teile abgelehnt, und das Ertragenen hierbei behauptet. Im Großen und Ganzen waren aber auch diese Fälle nicht viel zahlreicher als auch zu der Zeit, als die Tarifverträge noch Geltung hatten, da auf Grund verschiedener Verhältnisse nicht selten zu werden kann, daß die Tarifverträge bei manchen Arbeitgebern noch viel zu wünschen übrig ließ.

Doch nun im Laufe des Berichtsjahres, trotz schlechter Konjunktur und trotz Fehlen der Tarifverträge, war die erzwungene Verbesserung behaupten konnten, ist wohl der beste Beweis dafür, daß unsere Organisation im Bezirk sich eines nicht zu unterschätzenden Einflusses versichert hat.

Ueber die geschlossenen Verhandlungen zwecks Erneuerung der abgelaufenen Tarifverträge ist schon zu berichten, dürfte sich erübrigen, da seinerzeit im Orga-

darüber berichtet wurde. Nur kurz möge Folgendes erwähnt sein: Als uns die Kündigung der Tarifverträge zuging, wurde vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gleichzeitig ein Vertragsmuster unterbreitet, welches für die verschiedensten Berufsgruppen (Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Metallarbeiter, Schreiner u. a. m.) gelten sollte. Ebenfalls sollte ein 10 stündiger Arbeits-tag auch für die Schreiner als Normal-Arbeitszeit maßgebend sein, obwohl in den größeren Städten des Industriebezirkes für Schreiner bereits die 9 1/2 stündige Arbeitszeit mehrere Jahre besteht.

Am 24. Februar 1908 begannen sodann die allgemeinen Tarifverhandlungen für das Baugewerbe, wobei von uns geltend gemacht wurde, daß für die Schreiner es zwecklos sei, die Verhandlungen gemeinsam mit den Bauarbeitern zu führen, worauf man denn beschloß, die Verhandlungen für das Schreiner-gewerbe nach Erledigung des Bauarbeitertarifs aufzunehmen.

Die Verhandlungen im Baugewerbe zogen sich sehr in die Länge. Mit dem Gedanken, was lange währt, wird endlich gut, haben wir, geduldig wie wir nun einmal sind, die Verhandlungen für das Schreiner-gewerbe abgewartet. Endlich waren wir so weit, daß am 12., 19., 20. und 22. Juni die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn Professors Küttner in Essen stattfanden. Sie verliefen jedoch ergebnislos, da die Arbeitgeber an ihrem Vertrags-schemata festhielten und dieses für uns unannehmbar war.

So wurde also aus der Tarifverneuerung nichts, und in aller Ruhe blieben unsere Kollegen an der Arbeit ohne Tarif. Zugewachsen hatten wiederholte Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Tischlermeister und Holzindustriellen stattgefunden, welche durch Schiedsgericht in Leipzig unter dem Vorsitz des Staatsministers Herrn von Berlepsch ihre Erledigungen fanden. Unter den den sogenannten Leipziger Schiedsgericht betreffenden Städten, befand sich auch Essen. Nach diesem Schiedsgericht sollte für Essen innerhalb der Vertragsperiode bis 1911 die neunstündige Arbeitszeit nebst einer Lohnerhöhung von 4 Pfennig pro Stunde eingeführt werden. Bis heute ist jedoch dieser Schiedsgericht von den Arbeitgebern in Essen noch nicht anerkannt, trotzdem sich beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmerorganisation, vor Fällung des Schiedsgerichts sich demselben zu unterwerfen verpflichtet hatten. Die Disziplin ist demnach bei den Arbeitgebern des Schreiner-gewerbes in Essen noch mangelhaft. Es muß hierbei noch besonders erwähnt werden, daß der Zentralvorstand des Arbeitgeberverbandes laut uns zugekommener Mitteilung, die Essener Arbeitgeber zur Anerkennung des Schiedsgerichts aufgefordert hatte.

Unser allgemeines Verhalten bezüglich der Tarifbewegung haben wir in mehreren Konferenzen der in Frage kommenden Zahlstellenvertreter beraten und die dort gefassten Beschlüsse wurden von allen Zahlstellen ohne Ausnahme pünktlich befolgt. Möge diese aner-kennenswerte Disziplin so sich bewähren, dann steht es mit unserer Sache nicht schlecht.

Trotz der schlechten Konjunktur gelang es uns in Koesfeld, auf der dortigen Möbel-fabrik einen Tarif auf zwei Jahre abzuschließen, welcher den Kollegen eine Lohnerhöhung von 5 Pfennig pro Stunde brachte. Außerdem werden für Ueberstunden 10 Pfennig, für Nacharbeit 50 Prozent und für Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag gezahlt. Auswärtige Arbeiten ohne Ueberstunden werden mit 100 Mark, mit Ueberstunden mit 2,50 Mark pro Tag besonders vergütet.

In Ladinghausen kam es zum Ausstand auf dem Sägewerk der Firma Rierhoff. Sie kürzte die Tagelöhne und die Akkordlöhne bis zu 21 Proz., wiewohl das Werk mit Arbeit überhäuft war. Eine Einigung war trotz öfteren Versuchs nicht möglich, da die Firma auf ihrem Standpunkte verharrte. Leider gelang es alsbald der Firma eine große Anzahl Arbeitswilliger von der Lüneburger Heide zu bekommen, so daß der Ausstand als aussichtslos angesehen werden mußte.

In einer weiteren erwähnenswerten Differenz kam es bei der Bau-firma Hölcher in Lünen. Diese Firma verweigerte eines guten Tages den Kollegen die Vergütungen für auswertige Arbeiten, welche auf Grund des abgelaufenen Tarifvertrages zu zahlen waren, worauf die Kollegen Klage am Gewerbe-gericht Lünen anstregten. Bei dieser Gelegenheit stellte sich ein bemerkens-wertes Fall der Praxis der Rechtsprechung am Gewerbe-gericht heraus. Das Gewerbe-gericht Lünen stellte sich auf den aner-kennens-werten Standpunkt, daß die Bestimmungen eines Tarifvertrages auch nach Ablauf des Vertrages noch weiter für diejenigen Arbeiter maßgebend seien, welche vor Ablauf des Vertrages das Arbeitsverhältnis begonnen hätten, wenn nach Ablauf des Vertrages nichts anderes vereinbart sei. Nun traf es sich, daß von den Klagenden Kollegen zwei vor Ablauf und einer nach Ablauf des Tarifvertrages bei der Firma in Arbeit getreten waren. Die Klage desjenigen Kollegen, welcher nach Ablauf des Tarifs in Arbeit getreten war, wurde anerkannt und drang zum Teil durch. Dagegen wurden die Klagen der beiden Kollegen, welche vor Ablauf des Vertrages eingetreten waren, wegen Unzuständigkeit (!!) des Gewerbe-gerichts abgewiesen.

Die Unzuständigkeits-Entscheidung führte sich auf folgenden Umstand. Die wegen Unzuständigkeit Abgewiesenen sind nach den Bestimmungen des abgelaufenen Tarifs zu behandeln. Dieser Tarif enthielt die Bestimmungen,

daß zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vertrag eine Schlichtungskommission eingesetzt wird, bestehend von drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Arbeitgebers. Mithin sei das Gewerbe-gericht unzuständig.

Hierzu muß noch bemerkt werden, was auch dem Gericht gegenüber gesagt wurde, daß erstens eine solche Schlichtungskommission gar nicht gebildet worden ist, weil der frühere Tarifvertrag nur für ein Jahr galt und in diesem Jahre keine Streitfälle vorkamen, daß zweitens ausdrücklich ein Arbeitgeber als Vorsitzender der Schlichtungskommission fungieren sollte, welcher im Stand nach § 6 des Gewerbe-gerichtsgesetzes ausdrücklich die Ausschaltung des Gewerbe-gerichts ausschließt und daß drittens auch der Ablauf eines Vertrages die durch diesen geschaffene eventuelle Schlichtungskommission aufhebt.

Eine Beschwerde dieserhalb beim Landgericht Dortmund wurde gleichfalls mit der Bemerkung abgewiesen, daß gegen ein Urteil eines Gewerbe-gerichts eine Beschwerde ausgeschlossen sei. Eine Berufung war auch ausgeschlossen, da das Streitobjekt 100 Mark nicht übersteigt.

Mithin war den Kollegen der Rechtsweg vollständig abgeschlossen. Das Gewerbe-gericht erklärte sich für unzuständig, das Amtsgericht ist naturgemäß unzuständig, Landgericht ebenfalls, und eine Schlichtungskommission ist und war nicht da.

Vorstehendes Beispiel der Rechtsprechungspraxis eines Gewerbe-gerichts dürfte noch einzig dastehen. Es zeigt aber immerhin, mit welcher Spießbüdigkeit man eigentümliche Urteile zustande bringt. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß die Arbeitnehmerbeisitzer am Gewerbe-gericht Lünen unmorgensüchtige Leute waren. Die letzten Gewerbe-gerichtswahlen in Lünen haben nunmehr christlich organisierten Arbeitern das Beisitzeramt gebracht.

Auch sonst machte sich das Fehlen eines Gewerbe-richters in den ländlichen Orten unangenehm bemerkbar und es war manchmal schwer, wenigstens sehr umständlich in diesen Orten den Kollegen in gewerblichen Streit-sachen am Amtsgericht ihr Recht zu verschaffen. Immerhin haben wir durch unsere Rechtschutz den Kollegen auch in diesen Orten in sehr vielen Fällen zu ihrem Rechte verholfen.

Die Tätigkeit des Sekretärs wurde im Berichtsjahre in Anspruch genommen durch Vorstelligwerden bei den Arbeitgebern, wo infolge Ablaufs des Tarifs Schwierigkeiten entstanden. Die allgemeine Agitation war angesichts der schlechten Konjunktur nicht von großem Erfolg, dagegen sind die Zahlstellen durchweg innerlich gestärkt worden. Trotz mehrfacher Arbeitslosigkeit, wodurch neben der statistischen Arbeitslosenunterstützung auch viele Zahlstellen besondere Zuschüsse leisteten, stieg das Lokalfassenvermögen im Bezirk seit dem ersten Quartal 1908 von 16 418, 43 Mark auf 19 063, 31 Mark.

An wöchentlichen Beiträgen zahlten pro Woche: 80 Bfg. 1, 70 Bfg. 1, 60 Bfg. 14, 55 Bfg. 4, 50 Bfg. 11 Zahlstellen. Die Durchschnittsbeitragsleistung pro Woche und Mitglied stieg im Berichtsjahre von 59, 11 Bfg. auf 62, 86 Bfg.

Von dem Sekretär wurden 121 Versammlungen besucht und in ebenso vielen Vorträge gehalten. Sitzungen fanden 90 statt. In 19 Zahlstellen wurden die Kassen revidiert.

Vom Sekretär beauftragte Hilfskräfte hielten in 63 Versammlungen Vorträge und besuchten 35 Sitzungen.

Das Verbandsleben war in den meisten Zahlstellen zufriedenstellend. In einigen Zahlstellen funktionierte das Vertrauensmänner-System nicht recht, weshalb man auch dort Schwierigkeiten begegnete inbezug auf pünktliche Quartalsabrechnung.

Mögen diese Zahlstellen nunmehr darauf achten, daß die besten Kollegen zu Vertrauensleuten ernannt werden. Es ist eine Tatsache, daß diejenigen Zahlstellen, welche gute Vertrauensleute haben, auch gut florieren.

Mögen vor allem sich unsere Kollegen die Aufgaben vor Augen halten, welche uns im neuen Jahre bevorstehen und deshalb unermülich für die Erhaltung unseres Verbandes Sorge tragen.

Chr. Schmid.

Hannover.

Dem Wirtschaftsjahr 1908 mit seinen trüben Begleiterscheinungen, Arbeitsmangel, Lohnreduzierungen usw. wird kaum ein Gewerkschaftler eine Träne nachweinen. Naturgemäß wirkte die Krise auch auf die Vorwärtsentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation hemmend ein. Während in Zeiten guter Konjunktur die Arbeiterchaft in vielen Fällen selbst zur Organisation drängt, um Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis zu erzielen, ist in der abgelaufenen Berichtszeit eher das Gegenteil zu verzeichnen. Trotzdem ist der wirtschaftlichen Krise durch das Eingreifen der Gewerkschaften mit mehreren Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung der größte Stachel genommen. Auch in Staat und Gemeinde macht sich der Einfluß der organisierten Arbeiterchaft immer mehr bemerkbar; indem durch Arbeitslosen-zahlungen zur Inangriffnahme von Kostbararbeiten gedrängt wird. Wenn unter den geschädigten Verhältnissen auch der Fortschritt im Bezirk nur mäßig ist, so kann doch gesagt werden, daß die Vertiefung des christlichen Gewerkschaftsgedankens bei den Mitgliedern in den einzelnen Zahlstellen den Bestand der Organisation hat sichern helfen.

Die Agitationsarbeit

wurde gefördert durch Abhalten von 120 öffentlichen und Mitgliederversammlungen, in denen Rede gehalten sind. Daneben haben 67 Sitzungen und Besprechungen mit dem Sekretär stattgefunden. Kas-senrevisionen wurden 5 vorgenommen. Aus Anlaß von Streiks und Bewegungen waren 18 Untersuchungen notwendig. Von den Verhandlungen mit

Arbeitgebern endeten 9 mit Erfolg, während ebenfalls erfolglos verliefen. Insgesamt war der Sekretär an 222 Tagen im Jahre außerhalb des Wohnsitzes tätig, die Zahl der Übernachtungen betrug 124. Daraus ergibt sich, daß manche Nachtschicht auf der Bahn zugebracht werden mußte.

Nach an dieser Stelle muß gesagt werden, daß in vielen Abteilungen seitens der Mitglieder in der Kleinagitation, die sich immer die erfolgversprechendste ist, nicht die gewünschte Hilfe geleistet wird. Man verläßt sich eben auf die Kollegen der Ortsverwaltung und den freigestellten Beamten. Hier Handel zu schaffen, muß unsere wichtigste Aufgabe mit sein. Allen Kollegen, die neben ihrer Arbeit noch für Ausbreitung des Verbandes, sei es als Vertrauensmann oder als Agitator ihre freie Zeit geopfert haben, sei auch im Bericht dankend gedacht.

Am zahlreichsten sind Steinheim, Melle, Delmenhorst und alle neugegründet; in 6 anderen Orten bestehen Vertrauensmannschaften, während noch in mehreren Orten am Harz und Mitteldeutschland Verbindungen angeknüpft sind. Unter den Lohnbewegungen und Differenzen

vorab die im Herbst 1907 eingetretene größere Tarifbewegung, die auch im Frühjahr 1908 noch zu umfangreichen Verhandlungen führte, zu verzeichnen. Im Mai 1908 kam dem durch Schiedspruch in Leipzig zum Tarifabschluß in mehr als 30 Städten, der z. B. den Kollegen in Osna brück eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. und eine Stunde Arbeitsvergrößerung, sowie eine Bauzulage von 2 Pfg. pro Stunde, während der Vertragsdauer brachte. Ueber die Verbesserungen, die durch die Verträge den Kollegen in den einzelnen Orten, wie Herford, Magdeburg, Hamburg usw. erzielt worden sind, ist im Organ ausführlich berichtet, sodaß hier nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht. Neben dieser Tarifbewegung waren in den einzelnen Orten noch Differenzen erledigt. In Hildesheim kam es bei der Firma Gerumühle wegen Verweigerung der von Köln überhandten Treiarbeit zur Arbeitseinstellung. Leider wurden die Genossen zum Streikbrot, sodaß die Bewegung im Grunde verlief. In Helmstedt wurde bei der Firma Saal mit Hilfe der Organisation Verschlechterungen im Akkordverhältnis abgewehrt.

Zu einem 6 wöchentlichen Streik führten die Akkordvergrößerungen in Höhe von 15—20% bei der Firma Ellendorf Wiedenbrück. Durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters, ließ sich die Firma zu Verhandlungen herbei, die den Kollegen Lieferung besserer Maschinenarbeit, sowie Anerkennung des Arbeiter-Ausschusses und Vereinbarung der neuen Akkordpreise sicherten. In Deynhausen versuchte die Firma Droske und Otensmayer ebenfalls Abzüge an den Akkordätzen zu machen. Leider war die Organisation im Bede nicht derartig, daß die Lohnkürzungen voll zurück gegeben werden konnten. Denn eine Arbeitsniederlegung unter Umständen hätte den Kollegen eher noch eine Niederlage gebracht. Immerhin sind durch die Verhandlungen, die der Arbeiterausschuß und der Sekretär mit der Firma hatten, die beabsichtigten größeren Abzüge vermieden worden.

An Korrespondenzen

Table with 4 columns: Eingang, Ausgang, Zusammen, and a list of items like Briefe, Karten, Drucksachen, etc.

Ein Jahr Verbandsarbeit liegt wieder hinter uns. Was uns infolge der wirtschaftlichen Lage an Erfolgen versagt ist, das nachzuholen, soll unsere nächste Aufgabe sein. Tausende von Holzarbeitern wissen noch nichts von dem Zusammenschluß im Verbands, sie zu gewinnen und zu überredeten christlichen Gewerkschaftlern zu erziehen, sollen uns eine Opfer und Mühen zu schwer sein. Gilt es doch, auch in Arbeiterstände die Gleichberechtigung und den Einfluß in allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens erringen und zu sichern. Nur wenn alle verfügbaren Kräfte im Bezirk dieses Ziel im Auge, einig und geschlossen arbeiten, wird auch Nordwestdeutschland in der Entscheidung für den Verband unsern zurück bleiben.

H. Köhmede.

Berlin.

Der Jahresbericht der Berliner Handelskammer vom Jahre 1908 konstatiert unter der Rubrik: „Holzhandel und holzverarbeitende Industrie“ auf's neue, daß gegenüber dem Jahre 1907 kein günstiges Ergebnis erzielt wurde. Absatz und Gewinn verminderten sich, was in engem Zusammenhange mit der Tatsache steht, daß die Bauwirtschaft im Jahre 1908 stagnierte. Unter den holzverarbeitenden Gewerben besonders die Bauwägerei ungünstig, sie sah sich genötigt, die Verminderung ihres Arbeitspersonals eintreten zu lassen. In litten ferner diejenigen Geschäfte, welche sich mit der Herstellung von Wohnungseinrichtungen befassen, hier herrschte eine große Stagnation. In der Möbelindustrie war Beschäftigung geringer als im Vorjahre. Trotz Herabsetzung der Preise der Möbel blieb die Kaufkraft beschränkt, daß vielfach auf Vorrat gearbeitet werden mußte. Die Geschäftskosten erhöhten sich. Im Möbelgroßhandel ging Umsatz ebenfalls zurück. Ungünstige Ergebnisse hatten die Parkettboden-, Spiegelrahmen- u. a. Fabriken zu verzeichnen. Im allgemeinen war der Absatz nach den Gebieten nördlichen Deutschlands — die Kaufkraft des Landwirtschaftlichen Gewerbes, daß hier stark vertreten ist, hatte sich eigert — verhältnismäßig besser als nach dem Westen Südens. Der guten Situation der Landwirtschaft ist es zuzuschreiben, daß das Gewerbe des Wagenaues, das der landwirtschaftlichen Bevölkerung seine Hauptnahrung ist, dem Berichtsjahre ein günstiges Zeugnis erteilt.

Von Arbeitseinstellungen bemerkenswerter Art blieb die holzverarbeitende Industrie dieses Jahr verschont. Die langdauernden Unterbrechungen, welche in den Vorjahren geherrscht hatten, wirkten auf das Berliner Geschäft insofern noch nach, als sie eine Abwanderung geschulter Arbeitskräfte in die Provinz verursachten und damit die Konkurrenzfähigkeit der letzteren gegenüber Berlin stärkten. Wie in anderen Branchen wurde auch in der holzverarbeitenden Industrie darüber geklagt, daß durch das Submissionswesen die Preis-schleuderei gefördert werde.

Unter dem vorstehenden Eindruck stand auch die Berichtszeit des Sekretariats vom 1. Januar bis 31. Dezember 1908. Ueberhaupt hat das Berliner Holzgewerbe eine solche ungünstige Zeit und Konjunktur, wie in den letzten zwei Jahren, noch niemals gehabt. Wer die Berliner Verhältnisse aus der früheren Zeit her kennt, kann sich einen solchen Umschwung, wie er zu Ungunsten der Berliner Holzindustrie zu verzeichnen ist, gar nicht denken.

Die Arbeit des Sekretariats erstreckt sich im großen und ganzen auf Groß-Berlin. Die örtlichen weitestgedehnten Berliner Verhältnisse erforderten schon immer einen bestimmten Mittelpunkt für unsere hiesigen Kollegen und ganz besonders in dieser Krisenzeit wäre es in den letzten 1 1/2 Jahren seit Bestehen des Sekretariats, ohne ein solches einfach nicht mehr weiter gegangen. Der frühere Zustand, wo die Arbeit der hiesigen Zahlstelle von einzelnen Kollegen neben der Berufsarbeit mitgemacht wurde, wäre ganz besonders auch infolge unseres Arbeitsnachweises, wie derselbe seit dem 1. Juli 1907 errichtet wurde, nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Sollen die Interessen der Zahlstelle und unseres gesamten Verbandes gefördert werden, dann muß für Berlin ein Mittelpunkt vorhanden sein, wo alle Fäden zusammenlaufen und die gesamte Arbeit eine einheitliche wird. Unter dieser Einsicht standen alle hiesigen Kollegen als die sämtlichen Geschäfte, so die der Leitung, der Arbeitsvermittlung, die Kassengeschäfte, der Zeitungsverband, die Korrespondenz und anders mehr dem Sekretariat übertragen wurden.

Unter der ungünstigen Konjunktur des Jahres 1908, wie das ja auch in dem Jahresbericht der Berliner Handelskammer zum Ausdruck kommt, hatte auch die Arbeit des Sekretariats viele Schwierigkeiten zu überwinden.

Vor allen Dingen galt es den Besitzstand zu erhalten, unser Bestreben, in den Vororten und weiter hinaus Fuß zu fassen, scheiterte fast immer an der Aussichtslosigkeit der Arbeitsgelegenheit. Wo wir einige Kollegen gewonnen hatten, konnten sich dieselben wegen Arbeitsmangel nicht mehr länger halten.

In nachstehendem soll nur das wichtigste aus der Tätigkeit des Sekretariats angeführt werden. Da ist zunächst unser Arbeitsnachweis. Hier wurden im ganzen 524 offene Stellen gemeldet, von welchen 314 besetzt wurden. Tägliche Anfragen von seitens Arbeitssuchender um Arbeit waren aufs Jahr zusammengerechnet 3432 zu verzeichnen.

Durch das immer größere Bekanntwerden unseres Arbeitsnachweises ist es auch mehr und mehr dahin gekommen, dieser Frage der Arbeitsvermittlung die größte Sorgfalt zuzuwenden. Es hat sich durch den Gang der Dinge als unumgänglich notwendig erwiesen, hierüber eine genauere Statistik zu führen; eine solche ist vom 1. Juli 1908 ab eingeführt.

In dieser Zeit wurden Arbeitslose eingeschrieben im ganzen 351; von diesen waren 187 Mitglieder. Von den Nichtmitgliedern gehörten ein Teil anderen Organisationen an. Die Möglichkeit, auf dem Arbeitsnachweis Arbeit zu erhalten, wirkt für die meisten Kollegen anziehend.

Arbeit ist ihnen lieber, als die materielle Unterstützung. In dieser Erkenntnis ließen sich von den Eingeschriebenen 53 als Mitglieder aufnehmen. In derselben Zeit, vom 1. Juli 1908 bis 31. Dezember 1908 wurden 341 offene Stellen gemeldet, von denen 203 besetzt wurden. Unbesetzt blieben 138. Von den offenen Stellen waren 43 auf Kundenarbeit, 22 auf Bau, 86 auf Ladeneinrichtungen, 30 auf einfache Möbel, 32 auf gute Möbel nach Zeichnung, 29 auf Herrenzimmer, 10 auf Schlafzimmer, 16 Maschinenarbeiter, 26 Möbelpolierer, 14 Stellmacher, 5 Einleger, 2 Modelistischer, 3 Parkettfußbodenleger, 6 auf Instrumente, 4 Drechsler, 3 Bildhauer und 10 Tapezierer. Das dritte Vierteljahr Juli, August, September war bezüglich der offenen Stellen das beste. Minderewertige Stellen werden, wenn vorher schon bekannt, grundsätzlich nicht vermittelt. Im anderen Falle konnten manche Stellen nicht besetzt werden, weil es in dem Augenblick an speziell eingearbeiteten Leuten fehlte. Von den circa 3000 Betrieben in Groß-Berlin machen ein größerer Teil Arbeitgeber von unserem Arbeitsnachweis Gebrauch. In der gegenwärtigen Krisenzeit werden von seiten der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern oft die größten und sonderbarsten Schwierigkeiten gemacht. Da soll der Betreffende nicht zu alt und nicht zu jung sein und vor allen Dingen sollen es nur die Ausbelesensten und eingearbeitete Kräfte sein. Werden offene Stellen gemeldet, da müssen solche auch sofort besetzt werden können, in anderem Falle gehen diese Stellen verloren. Auch das Umschauen in den Betrieben greift immer mehr um sich zum Schaden aller Holzarbeiter. Ebenso werden die tariflichen Vereinbarungen von vielen Arbeitgebern nicht mehr eingehalten. Die Löhne werden nach Belieben festgesetzt, die Arbeitszeit verlängert und Ueberstunden gemacht um dann, nach erfolgter Fertigstellung der eiligen Arbeit, wieder die meisten Gesellen zu entlassen.

Am 11. Mai 1907 wurde der Vertrag auf 3 Jahr, bis zum 12. Februar 1910, zwischen dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe und dem deutschen Holzarbeiterverband abgeschlossen. Was aber seit Bestehen dieses Vertrages schon gesündigt worden ist und um wieviel in vielen Betrieben geradezu Verschlechterungen eingetreten sind trotz Vertrag, das kann hier gar nicht wiedergegeben werden und nun haben wir noch ein Jahr dieser Art vor uns.

Die Unzufriedenheit über diesen Vertrag ist unter den Berliner Kollegen auch eine außerordentlich große, welche sich sehr oft in den allergrößten Ausfällen gegen die Leitung des D. H.-A. B. Luft zu machen sucht. Zudem besteht die Krise unvermindert weiter. Eine große Fahnenflucht aus dem D. H.-A. B. ist eine feststehende Tatsache. Man spricht von 4000, welche dem Verband in Berlin in diesem Jahre den Rücken gekehrt haben. Ein großer Teil davon sind zu den Selben übergesiedelt. (Im Jahre 1907 haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Berlin 16 089 Mitglieder verloren laut Bericht des Vorwärts.

Daß die 17 Wochen lange Ausperrung in der Berliner Holzindustrie beiden Teifen großen Schaden zugefügt hat, darüber besteht heute kein Zweifel mehr. Die vielen Austräge, welche dadurch nach auswärts gegangen sind, machen sich noch auf lange Zeit fühlbar.

In der sonstigen Führung der Geschäfte wurden seitens des Sekretariats 20 Mitgliederversammlungen, 22 Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerversammlungen, 41 Werkstatt- und sonstige Versammlungen besucht, sowie an 18 Branchen- und anderen Sitzungen teilgenommen. Reisen nach auswärts erfolgten 4 mal, Vorträge wurden 19 gehalten. Besuche bei Mitgliedern wurden 66 mal gemacht.

In den Werkstattversammlungen kam es öfter zu Reibungen mit den Holzgenossen von der roten Fakultät. Besonders in der Frage des Arbeitsnachweises können sich immer noch manche Kollegen von der Genossenseite nicht daran gewöhnen, daß wir einen eigenen Arbeitsnachweis haben und daß auf Grund dessen mancher christliche Kollege auch in solchen Betrieben seinen Einzug hält, wo man das bis dato nicht für möglich hielt. Die Angst davor, daß dann noch mehr ihren Einzug halten könnten, bringt diese Kollegen oftmals zu den tollsten Sachen. In einem Betrieb, wo 31 Beschäftigte waren und alle dem D. H.-A. B. angehörten, wurde auch ein Kollege von unserem Arbeitsnachweis verlangt und eingestellt, als dann aber vier Wochen später noch ein zweiter eingestellt wurde, ginge das nach Meinung dieser Herrn Genossen nicht mehr mit rechten Dingen zu. In zwei aufeinanderfolgenden Werkstattversammlungen galt es nun, diesen Herren klarzumachen, daß auch noch andere Kollegen da sind und die rote Fakultät noch lange nicht allmächtig ist. Das Zusammenarbeiten wurde nach diesen Auseinandersetzungen dann auch ein besseres.

In der Erledigung der gesamten Kassengeschäfte, welche ebenfalls seit dem 4. Quartal 1907 vom Sekretariat zu erledigen sind, hat sich durch die Praxis der Erfolg auf das Beste bewährt. Auch hier zeigt es sich wie wertvoll und vorteilhaft es ist, mit jedem einzelnen Kollegen und wenn die Betreffenden noch so weit entfernt wohnen, immer in Verbindung zu stehen, besonders gegenüber den Einzelmitgliedern. Eine persönliche Rücksprache und das Einkassieren zu bestimmten Zeiten, erhält auch den Einzelstehenden bei der Sache, ja es hat noch manchen anderen Vorteil. Waren 1907 noch insgesamt 1544 registrierte Beiträge, so waren es 1908 nur noch 472.

Die Korrespondenz ist eine sehr reichhaltige, vor allen Dingen verursacht durch unseren Arbeitsnachweis. Sie betrug ohne den Zeitungsverband im Ausgang: 369 Karten, 511 Briefe, 6189 Drucksachen, eingegangen waren 304 Karten, 175 Briefe, 181 Drucksachen. Zudem kommen noch 1810 Telefongespräche. Was uns in Berlin fehlt, ist die schon seit zwei Jahren vermehrte bessere Konjunktur! Hoffen wir, daß dieselbe bald eintritt. Geschieht das, dann werden wir auch besser Fortschritte machen.

Zum Schluß sei an dieser Stelle noch allen den Kollegen gedankt, welche sich zu den mancherlei Mitarbeitern bereit finden ließen. Möge das auch im neuen Jahre so bleiben. R. Weigelt.

Danzig.

Wieder ist ein Jahr verfloßen, seit wir den letzten Jahresbericht schrieben. Das Jahr 1908 war für das Sekretariat insofern von besonderer Bedeutung, als die Verlegung desselben geschah und es damit mehr in den Mittelpunkt des Agitationsgebietes gerückt wurde.

Wirtschaftlich war das Jahr 1908 auch für den gesamten Osten kein gutes. Mit Schärfe machte sich die Krise bemerkbar und brachte einer großen Zahl von Kollegen längere Arbeitslosigkeit. Durch den schlechten Geschäftsgang war es kaum möglich, durch Lohnbewegungen viel für die Verbesserung der Lebenslage der Kollegen zu schaffen. Die Kollegen waren in ihrer Mehrheit klug genug, dieses einzusehen. So wurde z. B. der Gnesener Tarif nicht gekündigt, sondern auf 1 Jahr verlängert. Nur in Kosten glaubten die Kollegen, auf jeden Fall eine Lohnbewegung machen zu müssen. Als ihnen die Wünsche nicht erfüllt wurden, traten sie aus dem Verbands aus. Aber auch hier folgte die Neue bald nach. Eine größere Werkstatt brannte nieder und 15 Kollegen standen ohne Unterstützung draußen. Möge dieses eine Warnung für alle Kollegen sein.

Trotzdem die Konjunktur eine sehr schlechte war, ist es doch möglich gewesen, die Zahl der Mitglieder um 209 zu vermehren. Die Zahlstellen wurden um 3 vermehrt. Es wurden in Guttstadt, Rogilno, Jaroschin und in Danzig neue Ortsgruppen gebildet. In letzter Stadt wurde eine selbständige Ortsgruppe der auf den Weichsel-Holzplätzen beschäftigten Arbeiter geschaffen, welche sich gut entwickelt. In Guttstadt wurde die Gründung stark von den Berlinern bekämpft; der Kampf hatte jedoch den Erfolg, daß heute über 95 Kollegen unserm Verbands angehören. „Eig Berlin“ zählt nur noch ein halbes Duzend heute. Wenn wir die schwierigen Agitationsverhältnisse betrachten, können wir mit dem Erfolg voll zufrieden sein. Es besteht die beste Hoffnung, daß uns das Jahr 1909 weitere Erfolge bringen wird. In einer ganzen Reihe von Orten sind Verbindungen angeknüpft und wird es möglich sein, dort in diesem Jahr

Gewerkschaftliches.

Starke Einbildung besitzt der Artikelschreiber der „Böcher-Zeitung“ über die Brauerarbeiterbewegung in München. Am Schluß des Berichtes heißt es nämlich: „Wäre nicht der Zentralverband der Böcher gewesen, so wären heute für die Münchener Kollegen die Wochenfeiertage abgeschafft. Nicht die Sektion der christlichen Schaffler hätte diesen Schlag pariert. Auch wenn wir Mitglieder einer anderen Organisation gewesen wären, würde eine so energische Stellung, wie sie von unserer Organisation, die auch imponierend wirkte, eingenommen worden sein.“ Dieser Ausbruch eines „solchen Bewußtseins“ ist ganz und gar unangebracht, weil unsererseits, wie von allen Organisationen nicht minder scharf gegen das Ansehen der Arbeitgeber Stellung genommen wurde. Unsere Kollegen waren fest entschlossen, lieber es zum Bruch kommen zu lassen als die Verschlechterung anzunehmen. Etwas mehr Bescheidenheit wäre also dem Berichterstatter aus München schon zu empfehlen, er würde damit auch eher der Wahrheit entsprechen.

Wer hat Geld zu verschenken? Wie einem Versammlungsbericht des sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes, Zweigverein Leipzig, zu entnehmen ist, beschloß die Versammlung

„die dem Volkshaus übergebene Summe von 9000 RM. vom Kassenbestand zu streichen“.

Das kann mit anderen Worten doch nur heißen, wir schenken diese Summe dem Volkshaus (sozialdemokratisches Partei- und Gewerkschaftshaus), statt damit, dem Willen unserer Mitglieder gemäß, Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Soziale Rundschau.

Arbeitslosenfürsorge in München. Die süddeutsche Kunst- und Biermetropole hat seit vorigen Herbst wieder mit einer starken Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die am 29. Dezember vorigen Jahres von den sozialdemokratischen Gewerkschaften vorgenommene Arbeitslosenzählung ergab über 8000 arbeitslose Arbeiter, Bedienstete und Arbeiterinnen, darunter wurden 756 Holzarbeiter gezählt. Es darf aber angenommen werden, daß die Zahl der Arbeitslosen noch größer war, als durch die Zählung festgestellt wurde. Nun wurde die Stadtverwaltung gedrängt, für die Arbeitslosen etwas zu tun, entweder Rat-standsarbeiten zu vergeben oder eine Summe zur Unterstützung der Arbeitslosen zu bewilligen. Das Gemeindefollegium entschied sich für letzteres und bewilligte hierzu eine Summe im Gesamtbetrag von 50000 RM. Mit der Unterstützung ist am Samstag den 23. Januar begonnen worden. Unterstützungs-berechtigt sind nur solche Arbeitslosen, die sich seit 1. Januar 1908 ununterbrochen in München aufgehalten haben, seit mindestens 8 Tage arbeitslos sind und trotz Bemühungen keine Arbeit finden konnten. Ledige erhalten nur dann eine Unterstützung, wenn sie in München beheimatet sind. Die Unterstützung beträgt für Verheiratete 3 RM für ledige 2 RM die Woche. Für jeden Tag, der als arbeitslos nicht nachgewiesen werden kann, kommen für die Verheirateten 50 Pfg., bei den Ledigen 30 Pfg. in Abzug. Weibliche Arbeitslose erhalten bedauerlicherweise keine Unterstützung. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt jeden Samstag Nachmittag durch die Bezirkspflegschaftskommission. Jene, welche rechtliche Nachteile wie bei der Armenunterstützung erwachsen den Beteiligten aus dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung nicht. Die Kontrolle wird für die organisierten Arbeiter durch die Gewerkschaften geübt.

„Auch eine Folge der Krise“ möchte man sagen, wenn man nachstehende Bekanntmachung des Groß-Bezirksamtes Karlsruhe liest.

Es sind in letzter Zeit in steigendem Maße bei der Polizeidirektion Klagen über die Zunahme des Bettels eingelaufen. Durch die Beobachtungen und Feststellungen der Schutzmannschaft wurde das gleiche bestätigt. Und zwar tritt der Bittel nicht nur in der üblichen Form auf, daß von Haus zu Haus gegangen und um Geld- oder Naturalienunterstützung gebittet wird, sondern der Bittel wird mit allerlei Vorwänden der Jugendbeschäftigung der öffentlichen Wohlfahrt meistert. Bald handelt es sich um Sammlungen für ein Blindenanzug, für Bergwerkskinder, für die Opfer der Missionskrisis oder es werden auch Gebrauchsartikel, wie Schuhe, Fettsägen usw. dabei angefordert.

Die Schutzmannschaft ist angewiesen, der Überwachung des Bettels ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die letztgenannte Form des Bettels wird aber erfolgreich nur bekämpft werden können, wenn das Publikum selbst die Schutzmannschaft beharrlich unterstützt, daß es die ihm schenken geworbenen Fälle von Bettel der Polizei entweder schriftlich oder durch mündliche Anzeige bei einem Schutzmann oder auf einer Polizeistation zur Kenntnis bringt.

Die Polizeidirektion richtet hierdurch ein Ersuchen in diesem Sinne an die hiesige Bevölkerung.

Karlsruhe, den 4. Februar 1909.
Groß-Bezirksamt.
— Polizeidirektion. —
Gülle.

Die Bevölkerung wird demnach aufgefordert, nicht nur gewerksmäßige Bettler, sondern auch solche, die aus zwingender Not, vielleicht durch die wirtschaftliche Krise leider gezwungen sind, unbarbarisch zu derartigen Mitteln zu greifen, der Polizei auszuliefern. Ob die Bevölkerung dieser Aufforderung nachkommen wird? Jedenfalls dürfte dabei nicht vergessen werden, daß gegenwärtig tausende von Arbeitern unverschuldet der Arbeits- und Verdienstlosigkeit ausgeliefert sind, und daß man dagegen kaum mit unmenschlicher Härte vorgehen kann, ohne einen eigentümlichen Ruf sich zu erwerben.

Deutschland als Arbeitsstaat. Neben der gewaltigen Zunahme der Bevölkerung, wie sie sonst, außer in den Vereinigten Staaten von Amerika, kein Staat aufweisen kann, zeigen die Ergebnisse der letzten Volkszählung noch, daß in der Zeit von 1895 bis 1907 Deutschland immer mehr ein Arbeitsstaat geworden ist, ein Staat mit einer Bevölkerung, in der die Zahl der Nichterwerbstätigen zurückgeht. Im Jahre 1882 kamen auf 17,632,208 im Hauptberuf Erwerbstätige 24,910,695 Angehörige. 10 Erwerbstätige hatten 14 Angehörige mit zu ernähren, im Jahre 1895 betrug die Zahl der im Hauptberuf Erwerbstätigen 20,770,875 und die Zahl der Angehörigen war auf 27,517,285 gestiegen, auf 10 Erwerbstätige kamen 13 Angehörige, bei der letzten Berufszählung wurden registriert 26,827,362 im Hauptberuf Erwerbstätige und 30,223,429 Angehörige, auf 10 Erwerbstätige kamen nur noch 11 Angehörige. Während vom Jahre 1895 bis 1904 die Zahl der im Hauptberuf Erwerbstätigen um 29,1% gestiegen ist, nahm die Zahl der Angehörigen nur um 9,8% zu. Nicht nur eine relative, sondern sogar eine absolute Abnahme zeigt die Zahl der Dienenden. Von 1,339,316 im Jahre 1895 sank die Zahl der Dienenden auf 1,264,755 im Jahre 1907. Den Hauptverlust trägt die Landwirtschaft und die verwandten Berufe, im Jahre 1895 kamen noch rund 28% der Dienenden auf die Landwirtschaft und verwandte Berufe, im Jahre 1907 dagegen nicht mehr ganz 13%. In der Industrie zeigen einzelne Berufszweige eine besonders starke Zunahme. So haben sich in der Maschinenindustrie die Berufszugehörigen beinahe um 100% vermehrt, im Bergbau und Hüttenbetrieb betrug die Zunahme gegen 40%, in der Metallverarbeitung betrug die Steigerung der Zahl der Berufszugehörigen nur gegen 12%, ungefähr die gleiche Zunahme trat im Baugewerbe hervor, ungefähr 10% betrug die Zunahme im Handelsgewerbe, dagegen war der prozentuale Anteil im Textilgewerbe zurückgegangen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Der Verband süddeutscher Industrieller (Bezirksverein Freiburg i. B.) ließ sich in einer in Freiburg abgehaltenen Versammlung von Herrn Syndikus Dr. P. Ried-Mannheim einen Vortrag halten über „Industrie und Politik“. Einen wichtigen Teil desselben bildete die Gewerbeordnungs-Novelle und der Arbeitskammergesetzentwurf. „Stark kritisiert wird die Art und Weise, wie sozialpolitische Vorlagen im Reichstage ohne Mitarbeit der Interessengruppen beraten und verabschiedet werden. Die Regelung der Frauenarbeit sei mit Ueberstürzung im Reichstage erledigt worden und zwar mit großen Konzessionen an die Arbeiter. Der Verband der Industriellen sei weniger gegen den erheblichen sozialpolitischen Fortschritt, der hierin gemacht wurde, als gegen die gänzliche Ignorierung von Ratsschlüssen der Arbeitgeberchaft, die man bei der Beratung dieses Entwurfes beobachtet habe.“

Von dem vorliegenden Arbeitskammergesetzentwurf spricht man sich für die Industriellen gar nichts, sondern erblickt in ihm eine Institution, die dem beabsichtigten Zwecke bei weitem nicht gerecht wird, da sie weder zur Interessenvertretung noch zur Interessenausgleichung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer seine volle Aufgabe erfüllen könne. Wollte man den Arbeitern eine soziale Wohltat zukommen lassen, so möge das Reich an die Errichtung von Arbeiterkammern gehen.“

Die armen Industriellen! Bei sozial-politischen Vorlagen können sie nicht „mitarbeiten“, werden ihre „Vorschläge“ ignoriert, während man dem Arbeiter alles zugestehet, die Arbeitskammern bringen ihnen „gar nichts“ usw. Man sieht also, wie die Stimmen gegen die Arbeitskammer sich vermehren und die Gefahr liegt nahe, daß die fortschrittlichen Beschlüsse der Kommission, die sich gegenwärtig mit der Beratung des Entwurfes zu befassen hat, immer mehr Streiter auf den Plan rufen. Daran erwacht für die Arbeiterchaft allerorts die doppelte Pflicht, auch ihrerseits die Wünsche zum Ausdruck zu bringen, damit die Vorlage wenigstens in eine vernünftige Form gebracht wird.

Briefkasten.

Die Antworten der Briefen werden in dem in nächster Woche erscheinenden Briefenspiegel veröffentlicht. Mehrere Briefe blieben zurück.

Abrechnung für das Jahr 1908.

A. Hauptkasse.	
I. Einnahmen.	
Kassenbestand aus 1907	127
Aufnahmegebühren	2
Beiträge	282
Abonnements- und Inserate	1
Sammlungen für den Streik in Bamberg	1
Zinsen aus Kapitalien	4
Zuschüsse an die Zahlstellen	1
Bücher, Broschüren, zurückgezahlte Streifbarlehen und sonstige Einnahmen	10
Summa	430
II. Ausgaben.	
Reiseunterstützung	6
Maßregelungsunterstützung	3
Unjugunterstützung	1
Arbeitslosenunterstützung	22
Streikunterstützung	51
Rechtshilfe	1
Stempelgebühren	2
Krankentunterstützung	25
Agitation	18
Beamtengehälter	4
Berufshilfe	1
Verbandsorgan	18
Porto und Zustellgebühren	1
Bücher und Broschüren	2
Drucksachen, Verbandsmaterial	2
Beiträge zum Gesamtverband	2
Zeitungen und Zeitschriften	1
Miete, Bureaueinrichtungen, Telefon	4
Verbandsstag, Beamtenkursus, Sitzungen u. Konferenzen	4
Zuschüsse an die Zahlstellen	63
Stempelanfertigung	3
Politisches Organ	191
Beitrag zur Gesellschaft für soziale Reform	3
Markenanfertigung	3
Aushilfe im Verbandsbureau	3
Anteil der Lokalkassen und Lokalbeiträge	191
Sonstige Ausgaben	3
Kassenbestand am 31. Dezember 1908	430
Summa	430
III. Abschluß.	
Einnahmen	803
Ausgaben	239
Mehreinnahme	64
Kassenbestand aus 1907	127
Bestand pro 1909	191
B. Lokalkassen.	
I. Einnahmen.	
Anteile an den Beiträgen	16
Lokalbeiträge	46
Freiwillige Beiträge	1
Aus verkauften Broschüren	3
Zinsen und sonstige Einnahmen	57
Bestand vom 31. Dez. 1907	124
Summa	124
II. Ausgaben.	
Reiseunterstützung	4
Maßregelungsunterstützung	2
Arbeitslosenunterstützung	2
Streikunterstützung	2
Krankentunterstützung	2
Sonstige Unterstützungen	3
Kartebeiträge	5
Agitation	20
Verwaltungskosten (Vertrauensleute, Lokalsekretariate, Porto, Anschaffungen.)	2
Bücher und Broschüren	6
Sonstige Ausgaben	6
Bestand pro 1. Januar 1909	124
Summa	124
III. Abschluß.	
Einnahmen	67
Ausgaben	58
Mehreinnahmen	12
Bestand vom 31. 12. 1907	57
Also Bestand pro 1909	69
C. Gesamtvermögen.	
Bei der Hauptkasse	191
Bei den Lokalkassen	69
Insgesamt	260

Suche für sofort
2-3 tüchtige auf Handarbeit
geübte Gießer
(Schneidemeister) oder auf Feinwerk einschlägige
Schreiner
für dauernd, bei guter Stundenlohn.
Hoh. Holz, Glasränder, Kabinett, Bodenwerk.
Drehstularbeiten
zu vergeben.
Offener auf Nr. 116 Jambachstr. 63/1.

Wenn
Sie beschließen, eine Fachschule zu besuchen, und für Ihr hiesiges Kapital Geld wirklich eine bessere Erziehung erlangen wollen, so wenden Sie sich nicht an minderwertige Institute, sondern an die allgemein als die beste bekannte
Süddeutsche Schreiner-Fachschule
zu Nürnberg
die unübertroffene Erfolge aufzuweisen hat. Bewilligung passender Stellen kostenlos.
— — — Programm frei. — — —

Erläutiger, christl.-geleiteter
evangelischer Tischler
findet angenehme dauernde Stellung und abwechslungsreiche Arbeit auf sein Möbel, bei Familienanstellung in der Laderger Kunsttischlerei & Schoppenhoff, Laderger i. B.